



Kommunales Wahlprogramm 2006

der
SPD Tempelhof-Schöneberg



SPD Tempelhof-Schöneberg
 Kommunales Wahlprogramm 2006
 Inhaltsverzeichnis

Soziale Stadt – Starker Bezirk	3
Tempelhof-Schöneberg – ein Ort für Wirtschaft und Arbeit	4
Ein attraktiver Standort für Unternehmen	4
Tempelhof-Schöneberg – eine gute Adresse für neue Ansiedlungen	4
Tempelhof-Schöneberg – ein Ort der Kommunikation	4
Tempelhof-Schöneberg – Arbeit und Ausbildung haben Vorrang	5
Tempelhof-Schöneberg – ein Ort zum Einkaufen.....	5
Tempelhof-Schöneberg – ein Ort für Arbeit.....	6
Tempelhof-Schöneberg bildet.....	7
Jugend und Familie	7
Ein kieznahe Jugendamt für alle.....	7
Kinderschutz stärken.....	7
Eigeninitiative und Selbstbestimmung fördern.....	8
Kinder und Jugendliche an politischen Entscheidungen beteiligen	8
Kindertagesstätten bilden	8
Schule – Lernen macht groß und stark	9
Grundschule – verlässlich den ganzen Tag!.....	9
Ganztagsschule – auch an den Oberschulen.....	10
Rahmenbedingungen verbessern für gute Schulen	10
Kooperationen fördern.....	10
Bei Problemen zur Seite stehen	11
Kultur bildet!	11
Fit und gesund in Tempelhof-Schöneberg.....	13
Wir schaffen Bewegung!	13
Wir fördern Gesundheit!	13
Der Kiez lebt - Miteinander im Bezirk	15
Die Welt in Tempelhof-Schöneberg.....	15
Frauen in Tempelhof-Schöneberg – stark vertreten!	16
Räume für Kinder und Familien.....	16
Ein Kiez für jung und alt	17
Tempelhof-Schöneberg – ein behindertenfreundlicher Bezirk.....	18
Ein bunter Kiez: Schwule und Lesben in Tempelhof-Schöneberg.....	18
Mobil in der Stadt – unterwegs im Kiez	19
Unsere Verantwortung ist Ihre Sicherheit.....	20
Moderne Verwaltung – wir machen mit!	21
Bürgerinnen und Bürger gestalten ihren Bezirk.....	21
Mehr Demokratie wagen: Bürgerhaushalt auch in Tempelhof-Schöneberg	21
Bürgerschaftliches Engagement – stärken und weiterentwickeln.....	22
Verwaltung – bürgernah und kundenorientiert	23
Ressourcen einsparen für die Zukunft.....	23
Tempelhof-Schöneberg – ein starkes Stück Berlin.....	24

Soziale Stadt – Starker Bezirk

Tempelhof-Schöneberg ist ein starkes Stück Berlin. Seit 2001 trägt die SPD mit dem Bezirksbürgermeister Ekkehard Band, der Jugendstadträtin Angelika Schöttler und einer starken Fraktion den größten Teil der politischen Verantwortung in Tempelhof-Schöneberg. Die SPD hat den Bezirk vorangebracht. Wir wollen auch weiterhin den Bezirk gestalten und die Lebensbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Wir brauchen starke Bezirke mit ausreichender finanzieller Ausstattung. Nur dann können wir dezentral die kommunalen Aufgaben gestalten, die den Menschen im Bezirk unmittelbar zugute kommen. Die SPD steht für eine klare Aufgabenverteilung: Senat und Abgeordnetenhaus nehmen die Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung wahr. Im Bezirk liegt die Verantwortung für alle anderen Aufgaben, wie Bürgerämter und Kiezstreifen, Kindertagesstätten und Stadtplanung, den baulichen Zustand der Schulen, die Volkshochschule und die Pflege der Grünflächen.

Wir nutzen unsere Gestaltungsmöglichkeiten, damit Bezirkspolitik mehr ist als Mängelverwaltung. Wir setzen uns für größere Handlungsspielräume und die dazu nötigen Haushaltsmittel ein.

Wir wollen mehr Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger im Bezirk – und wir brauchen mehr Entscheidungsmöglichkeiten für die Bezirksverordnetenversammlung. Wir wollen entscheiden, welche Schwerpunkte wir mit den verfügbaren Haushaltsmitteln setzen.

Wir brauchen starke Bezirke und eine sozialdemokratische Mehrheit im Bezirk, damit wir im Interesse aller Menschen, im Schöneberger Norden ebenso wie in Lichtenrade, in Mariendorf oder Friedenau, in Marienfelde, Tempelhof oder Schöneberg eine sozial ausgewogene Politik gestalten können. Wir streben Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit an, wollen das Zusammenleben in unserem bunten Bezirk gestalten und wirtschaftliche Dynamik erreichen.

Tempelhof-Schöneberg – ein Ort für Wirtschaft und Arbeit

Ein attraktiver Standort für Unternehmen

Tempelhof-Schöneberg ist ein attraktiver Standort für große und kleine Unternehmen aus Industrie und Dienstleistung. Dabei können wir auf dem starken industriellen Kern des Bezirks aufbauen. In den Jahren sozialdemokratischer Verantwortung für die Wirtschaftsförderung und -beratung durch den Bürgermeister Ekkehard Band konnten wir die drohende Abwanderung von Unternehmen aus unserem Bezirk abwenden und zahlreiche Neuansiedlungen erreichen .

Das Unternehmensnetzwerk Motzener Straße – ein Zusammenschluss von mehr als 30 dort ansässigen Industriebetrieben – ist ein bundesweit beachtetes Beispiel für eine gelungene Wirtschaftsförderung. Hier wurde mit einer öffentlichen Anschubfinanzierung die betriebsübergreifende Zusammenarbeit (z.B. gemeinsamer Einkauf) angeregt. Die Unternehmen selbst können in Eigenverantwortung diese Zusammenarbeit nun weiterentwickeln.

Diesen Erfolg im Bereich der Motzener Straße wollen wir – auch mit Hilfe öffentlicher Förderung – auf andere Gewerbegebiete im Bezirk übertragen.

Wir nutzen die bezirkliche Wirtschaftsberatung und -förderung weiter als Schnittstelle und Mittlerin zur übrigen Verwaltung. Dabei wollen wir Mittel des Bundes und der Europäischen Union zur Durchführung von Projekten im Bezirk noch besser nutzen.

Tempelhof-Schöneberg – eine gute Adresse für neue Ansiedlungen

Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen kann Tempelhof-Schöneberg auf eine erfolgreiche Bilanz zurückblicken. Große Unternehmen wie Franchia Mozzarella, SKS Winthrop, IKEA, Bauhaus, Chalet Massive Möbel und Möbel Höffner haben ihren Platz im Bezirk ebenso wie viele kleinere Unternehmen gefunden. Die umfangreichen Flächenreserven für Industrie und Gewerbe sind unser Kapital, das wir nutzen werden, um auch in Zukunft Unternehmen bei der Ansiedlung ebenso wie der Erweiterung zu fördern und unterstützen. Großflächigen Einzelhandel werden wir von diesen Gewerbe- und Industrieflächen fernhalten.

Tempelhof-Schöneberg braucht auch in Zukunft Flächen für die Ansiedlung von Gewerbe, Produktion und produktionsnahen Dienstleistungen. Wir werden deshalb an dem Programm zur Sicherung der Gewerbeflächen (EpB) festhalten.

Tempelhof-Schöneberg – ein Ort der Kommunikation

Der Industrie- und Wirtschaftstreff in Tempelhof-Schöneberg hat sich zu einem Kommunikationsknotenpunkt für die bezirkliche Wirtschaft sowohl untereinander als auch mit der Verwaltung und der Politik entwickelt. Hier entstehen viele Verbindungen, die den Wirtschaftsstandort Tempelhof-Schöneberg voran bringen. Der Industrie- und Wirtschaftstreff muss weiter fortgesetzt und in Zukunft gemeinsam mit dem Verein zur Förderung der Wirtschaft in Tempelhof-Schöneberg gestaltet werden.

Tempelhof-Schönberg ist ein Medienstandort. An der Oberlandstraße und an der Potsdamer Straße hat sich eine Vielzahl von Medienunternehmen im Bezirk niedergelassen. Wir werden die Wiederbelebung dieses traditionellen Medienstandortes vorantreiben.

Durch die Berlinerinnen und Berliner nichtdeutscher Herkunftssprache gewinnt Tempelhof-Schöneberg zusätzlich an Internationalität. Daraus ergibt sich ein großes Potential zur Bereicherung der mittelständischen Wirtschaft im Bezirk. Deshalb wollen wir Unternehmen und Existenzgründungen gezielter unterstützen und verstärkt in die Wirtschaftsförderung einbinden.

Tempelhof-Schöneberg – Arbeit und Ausbildung haben Vorrang

Im Mittelstand entstehen die meisten Arbeitsplätze. Hier findet der Hauptanteil der beruflichen Ausbildung statt. Damit allen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz angeboten werden kann, brauchen wir mehr betriebliche Ausbildungsplätze. Wir wollen auch weiterhin kleinere Unternehmen dabei unterstützen, gemeinsam im Verbund zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Wir werden den jährlich stattfindenden Aktionstag „Ausbildung in Tempelhof-Schöneberg“ fortsetzen, weil er sich als Treffpunkt von Schüler/innen und Betrieben bewährt hat.

Die Anforderungen der Arbeitswelt verändern sich ständig. Wir müssen deshalb den Beschäftigten, Arbeitslosen und Arbeitssuchenden ausreichende Angebote bieten, damit lebenslanges Lernen in Tempelhof-Schöneberg möglich ist. Wir wollen dafür die Angebote der Volkshochschule verstärken. Bei der Arbeitsagentur und im JobCenter werden wir uns dafür einsetzen, dass verstärkt Maßnahmen zur Qualifizierung mit guten Arbeitsmarktaussichten angeboten werden.

Tempelhof-Schöneberg – ein Ort zum Einkaufen

Die Tempelhof-Schöneberger Geschäftsstraßen sind ein wichtiger Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung im Bezirk. Die Abwärtsspirale, die mit dem Wegbleiben der Käufer/innen beginnt und zu Leerstand von Geschäften, zu einem Attraktivitätsverlust und zur Verödung einst lebendiger Einkaufsstraßen führt, muss gestoppt werden. 99-Cent-Shops, Spielcasinos und Wettbüros schaden dem Image der Einkaufsstraßen. Wir wollen diesen Trend aufhalten und umkehren.

Die wohnungsnaher Versorgung ist wichtig für die Lebensqualität, insbesondere für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen. Wir wollen die regionale Versorgung erhalten und die vorhandene Struktur stärken. Deshalb finden neue Standorte für den Einzelhandel außerhalb bestehender Zentren bei uns keine Zustimmung.

Wir wollen aber auch für die Konsument/innen Angebote machen, für die Einkaufen mehr ist als Versorgung. Einkaufen in Tempelhof-Schöneberg soll Spaß machen. Die Attraktivität der Geschäftsstraßen des Bezirks spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Deshalb setzen wir verstärkt auf das Geschäftsstraßenmanagement. Wir haben schon bisher durch das Zusammenbringen von Grundstückseigentümern, Gewerbetreibenden und der Verwaltung beachtliche Fortschritte erzielen können. Ziel ist, dass sich die Grundstückseigentümer und Gewerbetreibenden vernetzen. Zur wirtschaftlichen Stärkung ihrer Geschäftsstraße sollen sie eigene Ideen entwickeln, die auch weiterhin durch die bezirkliche Wirtschaftsberatung und -förderung unterstützt werden.

Wir werden auch in Zukunft die Investitionsvorhaben zur Stärkung der Einkaufsstraßen unterstützen: Der Bau des Schloßstraßen-Centers im Bereich des Walther-Schreiber-Platzes wurde erfolgreich auf den Weg gebracht, die Entwicklung des Hafens Tempelhofs kommt voran. Durch eine neue Einkaufsvielfalt erwarten wir eine deutliche Qualitätsverbesserung und Attraktivitätssteigerung für unsere Einkaufsstraßen.

Tempelhof-Schöneberg – ein Ort für Arbeit

Trotz aller Anstrengungen fehlen auch im Bezirk Arbeitsplätze. Die kommunale Arbeitsmarktpolitik braucht eine starke Beteiligung des Bezirks an ihrer Gestaltung. Wir wollen die Wirtschaftsförderung des Bezirksamts und die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten des JobCenters eng miteinander verknüpfen.

Die lokale Arbeitsmarktpolitik muss

- die Arbeitslosen fit machen für den Arbeitsmarkt,
- den Unternehmen geeignete Arbeitskräfte zur Verfügung stellen und
- die soziale und kulturelle Infrastruktur des Bezirks fördern.

Wir wollen, dass der Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik auf Fort- und Weiterbildung und auf der Förderung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen liegt. Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung („1-Euro-Jobs“) sind für uns nachrangig. Wir setzen uns für eine starke Kontrolle der Zusätzlichkeit der Arbeitsgelegenheiten ein, damit sie sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht verdrängen. Wir wollen mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten das bürgerschaftliche Engagement unterstützen. Ein Weg dazu ist, dass die Arbeitslosen in den Kiezen und sozialen Zusammenhängen, in denen sie wohnen, Arbeitsgelegenheiten erhalten bzw. in ABM tätig werden können, wenn sie damit einverstanden sind. Insbesondere bei jungen Menschen unter 25 Jahren muss die Qualifizierung im Vordergrund stehen.

Wir wollen mehr Qualität: bei den Trägern der Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik genauso wie bei der Qualität der Beratung im JobCenter und den eigenen Dienstleistungen des Bezirks für Arbeitslose. Wir wollen weniger Wartezeiten in der Schuldnerberatung und brauchen mehr Kapazitäten für sozialpädagogische Betreuung von Arbeitslosen mit besonders großen sozialen Problemen und Eingliederungshindernissen.

Tempelhof-Schöneberg bildet

Wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft der Kinder unseres Bezirks. Das kann aber nur gelingen, wenn auch die Eltern ihre Verantwortung wahrnehmen. Wir wollen ihnen eine hochwertige Bildung und Erziehung bieten. Gut ausgebildete und sozial kompetente Kinder und Jugendliche sind in der Lage, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten und die Chancen, die unsere Gesellschaft bietet, zu nutzen. Deshalb ist die Kinder- und Jugendpolitik für die SPD ein wesentliches Gestaltungsfeld bezirklicher Verantwortung. Die sozialdemokratische Jugendstadträtin Angelika Schöttler hat den Umbau in diesem Bereich aktiv im Interesse der Kinder und Jugendlichen gestaltet. Hieran wollen wir in den nächsten fünf Jahren anknüpfen.

Jugend und Familie

Ein kieznahe Jugendamt für alle

Kinder und Jugendliche brauchen gute Bedingungen für ihre Entwicklung durch ein funktionierendes Bildungs- und Betreuungssystem, eine fördernde Familie, wohnortnahe Freizeitaktivitäten und Hilfen zur Erziehung. Diese Bedingungen werden durch das Jugendamt in Zusammenarbeit mit den freien Trägern, den Schulen, den Kindern, Jugendlichen, Müttern und Vätern gestaltet.

Wir haben das Jugendamt Tempelhof-Schöneberg zu einem Vorreiter in Berlin gemacht. Das Jugendamt ist mit drei wohnortnahen Standorten in den verschiedenen Stadtteilen erreichbar.

Wir wollen das kieznahe Jugendamt und damit die Sozialraumorientierung der Jugendarbeit konsequent weiter entwickeln, damit

- die notwendige Hilfe passgenau bei Kindern, Jugendlichen und den Familien ankommt,
- innerhalb einer Region alle Angebote für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zusammenwirken und
- Kinder, Jugendliche und ihre Familien ihre Ressourcen erkennen und die Hilfeplanung mitgestalten können.

Wir werden dafür sorgen, dass die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt, den Schulen und Vereinen und der Polizei kontinuierlich ausgebaut wird.

Wir sind auf dem Weg, ein flexibles und bürgerfreundliches Jugendamt zu erreichen. Wir werden uns in den nächsten Jahren dafür einsetzen, dass flexible Hilfeangebote für Kinder, Jugendliche, Mütter und Väter bereitstehen und die Angebote der Familienbildung gestärkt werden, um Mütter und Väter in ihren Erziehungsaufgaben zu unterstützen.

Kinderschutz stärken

Die Jugendhilfe muss konsequent eingreifen, wenn Kinder und Jugendliche gefährdet sind. Jugendhilfe kann aber nur Hilfe leisten, wenn sie davon Kenntnis erhält. Hier sind Institutionen wie z.B. Kitas und Schulen, Nachbarn und Bekannte, aber vor allem die Eltern gefordert. Viele Eltern wollen in Krisensituationen Hilfe und nehmen sie an. Manche Eltern sind leider dazu nicht in der Lage. Hier muss der

Rechtsanspruch der Kinder notfalls gegen den Elternwillen durchgesetzt werden. Damit Kindern und Jugendlichen in Gefährdungssituationen schnell geholfen werden kann, hat das Jugendamt ein Verfahren festgelegt, mit dem Gefährdungssituationen schnell erkannt werden können. Die Abläufe zwischen den Institutionen werden weiter verbessert, damit Informations- und Zeitverluste nicht entstehen können.

Eigeninitiative und Selbstbestimmung fördern

Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sind wichtige Bausteine für das soziale Leben in der Stadt. Wir wollen Kinder und Jugendliche unterstützen, ihre Freizeit selbstbewusst zu gestalten, den Alltag selbständig zu bewältigen und sich aktiv für ihre Interessen im demokratischen Gemeinwesen einzusetzen. Dazu brauchen wir Angebote der Jugendarbeit in den Jugendeinrichtungen, auf betreuten Spielplätzen, in Schulen, in den Jugendverbänden und Streetworkarbeit in den Ortsteilen.

Wir setzen uns dafür ein, dass eine Grundversorgung mit Angeboten der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in allen Stadtteilen im Bezirk vorhanden ist und kurzfristig auf schwierige Situationen reagiert werden kann.

Kinder und Jugendliche an politischen Entscheidungen beteiligen

Die SPD will Kinder und Jugendliche an politischen Entscheidungen im Bezirk beteiligen, damit ihre Sichtweisen und Interessen besser berücksichtigt werden können. Wir haben ein Kinder- und Jugendparlament auf den Weg gebracht. Das Jugendamt arbeitet bereits an der Umsetzung. Wir werden mithelfen, dass es zu einem aktiven Austausch zwischen den gewählten Vertreter/innen der BVV und dem Kinder- und Jugendparlament kommt.

Darüber hinaus wollen wir weitere bewährte Beteiligungsprojekte wie die Jugendversammlungen in den Stadtteilen unterstützen, damit junge Menschen frühzeitig die Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme in unserer Gesellschaft erfahren können und uns dafür einsetzen, dass alle Bereiche des Bezirksamts Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen. Wir wollen einen kinder- und jugendfreundlichen Bezirk gestalten!

Kindertagesstätten bilden

Ein gutes Bildungssystem für alle Kinder und Jugendlichen beginnt in der Kindertagesstätte (Kita) bzw. bei Tagesmutter/Tagesvater. Wir wollen Qualität und Kontinuität in der Betreuung in Zukunft für Eltern und Kinder sichern und haben daher die notwendigen Reformen vor Ort im Bezirk umgesetzt. Wir haben mit den Kitas in bezirklicher Hand (Kita-Eigenbetrieb) und den Kitas in freier Trägerschaft ein gutes Angebot. Damit wir den Erfolg unserer Reformen stärken und fortsetzen können, wollen wir,

- dass das Berliner Bildungsprogramm in allen Kitas umgesetzt wird.
- dass die Tagesmütter und -väter die nötigen Qualifikationen haben, um ihre Aufgaben umzusetzen. Der Bezirk muss die dafür notwendigen Strukturen schaffen und fördern.
- dass die Sprachförderung in den Kitas weiter ausgebaut wird. Mittelfristiges Ziel ist es, das Angebot des erfolgreichen Sprachförderprogramms im Bezirk weiter auszubauen und die Quote der Kinder zu senken, die beim Einschultest noch Sprachdefizite aufweisen.

- dass sich Kindertagesstätten stärker als bisher den Eltern und den Menschen im direkten Umfeld öffnen.
- dass die Zusammenarbeit von Kitas mit den benachbarten Grundschulen verstärkt wird. Wir werden die Schaffung und Erhaltung gemeinsamer Standorte von Kindertagesstätten und Schule unterstützen.

Wir wollen, dass aus Kindertagesstätten nach und nach Familienzentren werden. Wir haben an drei Standorten im Bezirk begonnen und werden auf diesem Weg weitergehen.

Schule – Lernen macht groß und stark

In der Schulpolitik tragen das Land und der Bezirk gemeinsam Verantwortung. Während in der Verantwortung des Bezirks vor allem die äußeren Schulangelegenheiten (z.B. Entscheidungen über Schulstandorte und baulicher Zustand) liegen, entscheidet das Land Berlin über pädagogisch-inhaltliche Vorgaben, die Ausstattung der Schulen mit Lehrern/innen und Erzieher/innen und die Qualitätsentwicklung des Unterrichts.

Grundschule – verlässlich den ganzen Tag!

Damit die Schülerinnen und Schüler mehr Zeit zum Lernen haben, hat sich die SPD in der Vergangenheit dafür stark gemacht, dass alle Grundschulen zu verlässlichen Halbtagsgrundschulen werden. Dies bedeutet, die Schülerinnen und Schüler werden bis 13:30 Uhr verlässlich betreut. Durch Rhythmisierung des Schulalltags können sich Unterrichts- und Spielphasen abwechseln. Dies kommt den Bedürfnissen von Kindern mehr entgegen.

Wer eine längere zeitliche Betreuung für sein Kind benötigt, kann das entsprechende Angebot an der Schule nutzen. 37 Grundschulen im Bezirk sind seit dem 01.08.2005 Ganztagschulen.

In den sieben gebundenen Ganztagschulen im Bezirk werden die Schülerinnen und Schüler von 7:30 - 16:00 Uhr unterrichtet und betreut. Die Eltern kommen nur für das Essen auf. Wer mehr Betreuung braucht, kann diese Zeit ausweiten. Dies ist dann kostenpflichtig. Dabei wollen wir insbesondere darauf achten, dass Menschen, die eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (so genannte 1-Euro-Job) wahrnehmen, bei der Ermittlung der Kosten nicht schlechter gestellt werden als Arbeitslose ohne eine solche Beschäftigung.

Die anderen Grundschulen sind offene Ganztagschulen. Bei diesen können die Eltern die Betreuung entsprechend ihrem Bedarf anpassen. Die Betreuungskosten richten sich nach dem Einkommen der Familie. Ein wichtiger Schritt hin zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist damit erreicht.

Die für die Ganztagsbetreuung notwendigen Baumaßnahmen an den Schulen konnten durch das Investitionsprogramm für Zukunft, Bildung und Betreuung, das die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung angestoßen hatte, und einem 10% Eigenanteil des Bezirks durchgeführt werden. Insgesamt werden 21 Mio. Euro im Bezirk in den Schulausbau investiert. Nur eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Lehrern/innen und Erziehern/innen garantiert, dass das Ganztagschulkonzept gelingt.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bedeutet Ganztagschule vor allem mehr Zeit zum Lernen, aber auch mehr Zeit für Bewegung und Spiel. Eine gesunde, ausgewogene Ernährung ist für uns dabei von besonderer Bedeutung. Die

Eltern sollen über die Schulkonferenz bei der Auswahl des Essensanbieters Mitspracherecht haben.

Ganztagschule – auch an den Oberschulen

Auch Schülerinnen und Schüler der Oberschulen benötigen eine Ganztagsbetreuung. Wir wollen deshalb ein Angebot schaffen, das den Ausbau der Oberschulen zur Ganztagschule ermöglicht und setzen uns für ein landesweites Investitionsprogramm zum Ausbau im Oberschulbereich ein.

Rahmenbedingungen verbessern für gute Schulen

Die Eigenverantwortung der Schule ist durch das neue Schulgesetz gestärkt worden. Dafür sind verlässliche Rahmenbedingungen eine Grundvoraussetzung:

- Die finanzielle Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln ist durch Mindeststandards bereits festgeschrieben. Jeder Schule wird pro Schüler/in ein fester Betrag im Jahr zugewiesen. Bei der eigenverantwortlichen Bewirtschaftung sollen die Schulen beraten und unterstützt werden.
- Die Sanierung der Schulgebäude wird durch das Schul- und Sportstätten-sanierungsprogramm vorangebracht. Wir sind bestrebt, durch das Einwerben zusätzlicher Förderungsmöglichkeiten, ein Maximum an Umsetzung zu verwirklichen.
- Um den besonderen Sanierungsbedarf der sanitären Einrichtungen in den Schulen voranzubringen, haben wir gemeinsam mit dem Bezirksbürgermeister Ekkehard Band ein spezielles bezirkliches Investitionsprogramm durchgesetzt. In den nächsten beiden Jahren stehen für die Sanierung der sanitären Anlagen bis zu 2 Mio. Euro jährlich zur Verfügung. Das wollen wir fortsetzen.
- Ein wichtiges Bauvorhaben im Schulbereich konnte in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden. Mit dem Neubau der Carl Zeiss Oberschule in Lichtenrade hat der Bezirk eine weitere, auch in baulicher Hinsicht, attraktive Gesamtschule gewonnen.
- Wir wollen, dass die Arbeitszeiten der Schulsekretärinnen und Hausmeister den veränderten Bedarfen an Schulen angepasst werden.

Kooperationen fördern

Nach unserem Verständnis sind Schulen kein abgeschlossener Raum. Wir unterstützen die Öffnung der Schulen zu ihrer Umgebung hin und in der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern. Beispiele hierfür sind:

- Zusammenarbeit mit kulturellen Einrichtungen im Bezirk, wie den Bibliotheken, den Musikschulen und den Museen
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit der öffentlichen und freien Jugendhilfe,
- Zusammenarbeit mit Sportvereinen,
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Bürgerinnen und Bürgern, z.B. als Lesepaten tätig zu werden,
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit lokalen Wirtschaftsbetrieben und
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur und den Jobcentern.

Bei Problemen zur Seite stehen

Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler mit Problemen zusätzliche Unterstützung erhalten:

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Kapazitäten des schulpsychologischen Dienstes und der Sozialarbeit in den Schulen erweitert werden.
- Zur Reintegration von Schülerinnen und Schülern mit Schuldistanz wollen wir Projekte wie A.L.i.S. und produktives Lernen weiter unterstützen und ausbauen.

Kultur bildet!

Sozialdemokratische Kulturpolitik orientiert sich einerseits am Gedanken der Teilhabe, andererseits an der Überzeugung, dass Kulturpolitik heute wesentlich als Teil der Bildungspolitik verstanden werden muss. Kulturelle und ästhetische Bildung werden umso wichtiger, je mehr sich in der gegenwärtigen Gesellschaft allgemeine Bildungsstandards verflüchtigen. Wer aufgrund seiner sozialen Herkunft benachteiligt ist, hat es heute schwer, seine individuellen Lebenschancen zu nutzen. Kultur- und Bildungspolitik hat für uns – abgesehen vom Eigenwert von Kunst und Kultur – die Aufgabe, sozialer Benachteiligung durch öffentlich finanzierte Kultur- und Bildungsinstitutionen zu begegnen. Dabei steht vor allem die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien im Vordergrund, da die Familie nach wie vor entscheidenden Einfluss auf die geistige und kulturelle Bildung hat.

Um diesem Anspruch an die Kulturpolitik in Tempelhof-Schöneberg gerecht werden zu können, muss eine mittel- bis langfristige Orientierung in der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik eröffnet werden. Der **Kultur- und Bildungsentwicklungsplan Tempelhof-Schöneberg 2006 - 2010**, den die SPD-Fraktion in der BVV auf den Weg gebracht hat, liefert dafür eine gute Grundlage.

Insgesamt geht es darum, das Bewusstsein von Kultur- und Bildungseinrichtungen als zentrale gesellschaftspolitische Instanzen zu stärken. Wir bekennen uns – ohne haushalterisches Wenn und Aber – zur Kultur- und Bildungspolitik in Tempelhof-Schöneberg.

Wir werden dafür sorgen, dass die **Leo-Kestenberg-Musikschule** auch künftig mit hinreichenden Mitteln vor allem für die Beschaffung und das Stimmen von Instrumenten ausgestattet wird. Außerdem benötigt die Musikschule ein tragfähiges Raumkonzept unter Berücksichtigung musikpädagogischer Erfordernisse (zusammenhängende Räume und gute Erreichbarkeiten) und sozialer Aspekte. Durch die Einführung der Ganztagschule sind viele Probenräume in Schulen nicht mehr nutzbar. Die Kooperation zwischen Musikschule und den Schulen in Tempelhof-Schöneberg muss intensiviert werden.

Die **Volkshochschule** leistet auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen einen wichtigen Beitrag für die Volks- und berufliche Bildung. Zudem ist die Volkshochschule mit der Durchführung der Integrations- und Sprachkurse nach dem Zuwanderungsgesetz betraut. Wir werden uns dafür einsetzen, dass insbesondere der empfindliche Bereich der Honorarmittel für Lehrkräfte auch künftig eine angemessene Ausstattung erhält. Besonders ist die Volkshochschule bei allen Bemühungen zu unterstützen, die der beruflichen Bildung und der Integration von Einwanderinnen und Einwanderern dienen.

Lesen ist die kulturelle Schlüsselqualifikation schlechthin. An der Lesekompetenz von Kindern und Jugendlichen entscheidet sich ganz wesentlich, welche Chancen jemand hinsichtlich Beruf und Lebensqualität künftig haben wird. Die

Stadtbibliothek leistet vor diesem Hintergrund einen unverzichtbaren Beitrag für die geistige und kulturelle Bildung vor allem von Kindern und Jugendlichen. Sie steht sowohl hinsichtlich ihres Bücher- und Medienangebots als auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht nur im berlinweiten Vergleich sehr gut da. Um auch weiterhin ihre pädagogischen und kulturellen Aufgaben bewältigen zu können, benötigt die Stadtbibliothek einen angemessenen Medienetat. Die SPD wird dafür sorgen, dass die Stadtbibliothek auch künftig auf gesicherter materieller Grundlage arbeiten kann.

Die **dezentrale Kulturarbeit** ist eine wichtige Ergänzung zur ‚Hochkultur‘ der Institutionen. Trotz geringer Mittel werden jährlich viele kleine Kunst- und Kulturprojekte gefördert. Nicht nur finanzielle, sondern vor allem organisatorische und logistische Hilfe sind dabei für die Künstlerinnen und Künstler wichtig. Die SPD wird sich einsetzen, dass die dezentrale Kulturarbeit als nicht an Institutionen gebundene Kunst- und Kulturförderung auch in den nächsten Jahren auf verlässliche Probenräume im Rathaus Schöneberg zurückgreifen kann. Außerdem werden wir eine weitere Erhöhung der Mittel für die dezentrale Kulturarbeit durchsetzen.

Die **Museen** in Tempelhof-Schöneberg (Tempelhof-Museum, Jugendmuseum Schöneberg, Archiv Tempelhof-Schöneberg) und das Kunstamt im **Haus am Kleistpark** leisten seit vielen Jahren eine hervorragende Arbeit sowohl bei der Aufarbeitung lokaler Geschichte vor allem für junge Leute als auch bei der Realisierung von Ausstellungsprojekten von ambitionierten Künstlerinnen und Künstlern. Ausstellungen wie die Dauerausstellung ‚Wunderkammern – Wunderkisten‘, die interkulturelle Ausstellung ‚VILLA GLOBAL – im Labyrinth der Kulturen‘ (Jugendmuseum Schöneberg) oder ‚Ländliches Leben um 1800 – Das Beispiel Marienfelde‘ (Tempelhof-Museum) sind sehr erfolgreiche Beispiele für den wichtige Beitrag der Museen in Tempelhof-Schöneberg für die Bildungs- und Kulturarbeit. Die Museen und das Kunstamt sollen in den nächsten Jahren vor allem bei der Akquise von Drittmitteln unterstützt werden.

Ein besonders wichtiges Anliegen der SPD ist das Gedenken an die Verfolgten des NS-Regimes in unserem Bezirk. Wir setzen uns für den Erhalt bestehender Gedenkorte und -tafeln ein und fordern den Ausbau des ehemaligen SA-Gefängnisses in der General-Pape-Straße zu einer Dauerausstellung über einen Ort der Täter während des NS-Regimes. In diesem Zusammenhang werden wir uns auch dafür einsetzen, dass die weit über Berlin hinaus erfolgreiche Ausstellung ‚Wir waren Nachbarn‘ über das Verfolgungsschicksal jüdischer Bürgerinnen und Bürger im Bayerischen Viertel als jährlich wiederkehrende Dauerausstellung erhalten bleibt.

Insgesamt gilt: Die Kultur- und Bildungsinstitutionen in Tempelhof-Schöneberg stehen nicht nur qualitativ, sondern auch hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit sehr gut da. Die SPD wird dafür sorgen, dass auch künftig eine effiziente Mittelbewirtschaftung dadurch belohnt wird, dass eingesparte Mittel im Kultur- und Bildungsbereich zum Ausbau der Angebote verwendet werden dürfen.

Fit und gesund in Tempelhof-Schöneberg

Wir schaffen Bewegung!

Trotz aller Individualisierung auch sportlicher Betätigungen in Fitnessstudios, an Wellnesswochenenden und beim Joggen sind und bleiben die Sportvereine die Hauptakteure sportlicher Betätigung in Deutschland. Sie haben weiterhin Zulauf und Zuwachs, wenn auch die Interessen der Sporttreibenden und die Art der Sportausübung zurzeit Wandlungen unterliegen. Deshalb ist es richtig und wichtig, den ehrenamtlich geführten Vereinssport zu unterstützen. Wir werden deshalb Vereine und Verbände und in ihrer Arbeit unterstützen und weiterhin eng mit der Arbeitsgemeinschaft Tempelhof-Schöneberger Sportvereine zusammenarbeiten. Dabei wollen wir die Eigenverantwortlichkeit und die ehrenamtliche Tätigkeit fördern, indem wir weiter für die kostenlose Nutzung der Sportanlagen eintreten. Schlüsselverträge sollen als Mittel der Zusammenarbeit genutzt werden. Mit der Fortsetzung des Schul- und Sportanlagenanierungsprogramms wollen wir alle Anlagen in einem sportgerechten Zustand erhalten.

Wir setzen uns für weitere Verbesserungen für sportliche Aktivitäten im Bezirk ein:

- für den Bau einer wettkampfgerechten Sporthalle am Baußnernweg in Marienfelde in unmittelbarer Nähe der Gustav-Heinemann-Gesamtschule, daraus ergeben sich freie Nutzungszeiten in anderen Hallen des Bezirkes,
- für den Bau des Sportplatzes am Matthäifriedhofsweg,
- für die Schaffung des Nord-Süd-Grünzugs entlang der Anhalter und Dresdener Bahn für Fußgänger und Radfahrer, für Jogger und Trimmer,
- für die Anlage einer vielseitig nutzbaren Freizeitsportfläche auf dem Gelände der „Gasag-Nordspitze“ an der Torgauer Straße. Die Fläche soll nicht versiegelt werden. Zudem wollen wir eine Betreuung der Jugendlichen ermöglichen.
- für Freizeit- und Grünflächen auf dem Tempelhofer Feld, sobald es zur Verfügung steht.

Sport ist mehr als Leistung und Körperertüchtigung. Der gemeinsame Spaß zusammen mit anderen Menschen ermöglicht Kennenlernen und neue Freundschaften. Den Sport wollen wir besonders als wertvollen Integrationsfaktor unterstützen.

Sport im Verein bedeutet, die Partner zu achten, zu schätzen und ihre kulturellen Hintergründe kennen zu lernen. Es bedeutet, die Persönlichkeit zu entwickeln und zu stärken, sich selbstbewusster zu verhalten. Es bedeutet, Gemeinschaftsgeist zu entwickeln, zu stärken und zu pflegen. Es bedeutet Prävention, Ausgleich und Nachsorge. Diese Ziele unterstützen wir gern.

Wir fördern Gesundheit!

Die SPD will, dass die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Tempelhof-Schöneberg weiter umfassend durch die beiden Vivantes Klinika Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Schöneberg und das Wenckebach-Krankenhaus in Tempelhof sowie durch das St. Joseph Krankenhaus als auch durch die Tageskliniken in hoher Qualität gesichert wird. Dadurch kann die ortsnahe und schnelle Versorgung bei Unfällen und Notfällen gesichert werden. Das Wenckebach-Krankenhaus bietet

zudem eine enge Verknüpfung von Akut- und Altersmedizin, ein Angebot, dass durch die Alterung der Gesellschaft in der Zukunft noch an Bedeutung zunehmen wird.

Wir wollen nicht zuletzt deshalb den Aufbau von modernen Versorgungsstrukturen unterstützen.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der viele Menschen alleine leben. Werden allein stehende Menschen aus dem Krankenhaus entlassen, sind sie häufig auf sich gestellt. Für sie muss es Unterstützungsangebote geben – in Form von professioneller Pflege, aber auch in Form von ehrenamtlicher Hilfe.

Die SPD Tempelhof-Schöneberg setzt sich dafür ein, dass der öffentliche Gesundheitsdienst leistungsfähig bleibt. Wir werden uns gegen weitere Einschränkungen wehren. Die individuelle und präventive Beratung von Eltern mit Säuglingen, Kleinkindern und Schülern muss im Interesse der Kinder, der Eltern und aller Bürger eine Kernkompetenz des bezirklichen Kinder- und Jugend-Gesundheitsdienstes bleiben. Die Begleitung von Familien mit gesundheitlichen Problemen oder in Krisensituationen sowie Vorsorge-, Kindergarten-, Einschulungs- und Jugendarbeitsschutzuntersuchungen sind wichtige Leistungen des Gesundheitsdienstes vor Ort.

Drogen sind eine große Gefahr für die Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in den Schulen und Jugendeinrichtungen präventiv dagegen gearbeitet wird. Wir wollen Projekte und Maßnahmen unterstützen, die vor allem Jugendliche und junge Erwachsene aufklären und verhindern, dass sich die Drogensucht ausbreitet. Ein moderner, von den jungen Menschen akzeptierte Form der Aufklärung ist das Peer-counselling, bei dem junge Menschen mit anderen jungen Menschen diskutieren und gleichzeitig aufklären. Diese Form muss verstärkt eingesetzt werden. Wir stehen für eine Drogenpolitik, die den Betroffenen mit Hilfe und Unterstützung zur Seite steht, gleichzeitig die Allgemeinheit vor den negativen Folgen – wie Verwahrlosung von Straßen und Plätzen – schützt.

Wir wollen, dass das hohe Niveau der Versorgung psychisch Kranker aufrechterhalten wird. Auch dafür ist ein kompetenter Gesundheitsdienst notwendig, der vertrauensvoll mit den Leistungsanbietern und dem Fallmanagement im Sozialamt zusammenarbeitet.

Wir sind davon überzeugt, dass Prävention Kosten spart, vor allem aber erspart Prävention gesundheitliches Leid. Deshalb fordern wir verstärkte Anstrengungen, um bereits in Schulen und Jugendeinrichtungen über gesunde Ernährung und die Wichtigkeit von Bewegung und Sport aufzuklären.

Der Kiez lebt - Miteinander im Bezirk

Tempelhof-Schöneberg ist ein offener und bunter Bezirk. Menschen unterschiedlicher Ethnien, Altersgruppen, sozialer Schichten und sexueller Orientierung leben auf engem Raum. Täglich treffen unterschiedliche Lebensrealitäten und -vorstellungen zusammen. Für uns ist es wichtig, die Voraussetzungen für ein Miteinander zu schaffen, dass es allen Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, sich frei zu entfalten und alle Chancen zu nutzen, ohne andere einzuschränken. Die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft steht für uns im Vordergrund.

Für Gewalt, rechtsextremes Gedankengut, Intoleranz und Missachtung gegenüber Minderheiten ist in Tempelhof-Schöneberg kein Platz. Für uns ist klar, dass wir dem rechten politischen Rand auch in Zukunft den öffentlichen Raum nicht überlassen werden. Dabei steht die Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Projekte, Initiativen und Bündnisse, die sich gegen Rechtsextremismus, Ausgrenzung und Antisemitismus engagieren, für uns im Mittelpunkt.

Die Welt in Tempelhof-Schöneberg

Die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in die Gesellschaft ist ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik. Für uns ist erfolgreiche Integration keine Frage der Ethnie, sondern der sozialen Teilhabe. Ob sich jemand erfolgreich in die deutsche Gesellschaft integriert, hängt nicht von seiner Herkunft ab, sondern von seinen Chancen in der schulischen und beruflichen Bildung sowie von seinen Teilhabechancen am Arbeitsmarkt und im alltäglichen Leben der Gesellschaft.

Wir gehen davon aus, dass für Integration immer beide Seiten verantwortlich sind: Berlin als Zuwanderungsstadt und die Zuwanderinnen und Zuwanderer selbst. Von diesen erwarten wir, dass sie die deutsche Sprache erlernen und sich zu den Grundwerten der freiheitlichen Gesellschaft bekennen, wie sie im Grundgesetz niedergelegt sind. Politik und Gesellschaft auf der anderen Seite haben für die nötigen Rahmenbedingungen für erfolgreiche Integration zu sorgen. Wir verhehlen nicht, dass in den letzten Jahrzehnten viele Versäumnisse in der Integrationspolitik geschehen sind. Nicht nur aus diesem Grund gehört es für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu den zentralen Aufgaben, Demokratie und Toleranz zu fördern und entschieden jedweden rassistischen Bestrebungen entgegenzutreten.

Integration beginnt immer vor Ort, in der Lebenswelt der Betroffenen. Dieser Gedanke ist in der Vergangenheit viel zu wenig beachtet worden. Die Voraussetzungen für die erfolgreiche Integration vor allem für die jungen Zuwanderergenerationen werden in der Familie geschaffen. Daher gilt den Familien unser besonderes Augenmerk in der Integrationspolitik. Häufig scheitern Integrationsbemühungen nicht am Willen der Beteiligten, sondern aus bloßer Unkenntnis und fehlender Aufklärung über die vorhandenen Angebote und Möglichkeiten. Daher setzt sich die SPD in Tempelhof-Schöneberg für ein Pilotprojekt ‚Familienmodell Integration‘, in dem Integrationsassistenten und -lotsen ausgebildet und in die Lebenswelt der Familien entsendet werden. Dies ist ein Beitrag, um zu einer offensiven, fordernden und fördernden Haltung in der Integrationspolitik zu kommen.

Erfolgreiche Integration bedarf aber auch einer angemessenen Unterstützung seitens des Bezirksamtes. Die SPD setzt sich daher dafür ein, die Stelle der

Integrationsbeauftragten beim Bezirksbürgermeister zu einer Leitstelle Integration auszubauen. In dieser Leitstelle wird Integration als Querschnittsaufgabe definiert, an der turnusmäßig alle Verwaltungseinheiten zu beteiligen sind. Zugleich wird hier eine zentrale Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger sowohl der Mehrheits- als auch der Einwanderergesellschaft eingerichtet. Diese Stelle wirkt informationsgebend und schlichtend und soll Hilfe zur Selbsthilfe geben.

Frauen in Tempelhof-Schöneberg – stark vertreten!

Wir wollen auch in Zukunft die bezirkliche Frauenbeauftragte mit ausreichend finanziellen und personellen Ressourcen ausstatten, damit wir die Arbeit zum Ausgleich von bestehenden Nachteilen für Frauen auch in unserem Bezirk fortsetzen können. Der Bezirk hat mit dem jährlichen „Frauenmärz“ eine erfolgreiche Veranstaltungsreihe, die wir weiter mit ausreichenden Mitteln ausstatten werden. Wir haben mit unserer Initiative für den regionalen Aktionsplan gegen häusliche Gewalt einen neuen Weg beschritten, wie wir die bestehenden Hilfeangebote für Frauen und Kinder besser auch in familiären Krisen- und Bedrohungssituationen nutzen können. Wir wollen die Erfahrungen auswerten und den Plan weiterentwickeln.

Tempelhof-Schöneberg ist ein Bezirk, in dem viele bekannte Frauen gelebt oder gearbeitet haben. Wir wollen diese in den nächsten Jahren durch bezirkliche Aktivitäten bekannter machen. Dazu gehört der 50. Todestag der großen Berliner Bürgermeisterin Louise Schroeder im Jahr 2007. Wir wollen im Jahr 2008 anlässlich von 111 Jahren Schöneberg diesen Bezirk als Ort von und für Frauen aus Kultur, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft darstellen und auch das 100jährige Jubiläum des Einküchenhaus in Schöneberg im Jahr 2009 als Ausgangspunkt für Veranstaltungen nutzen.

Wir werden bei der Haushaltsaufstellung und beim Verwaltungshandeln darauf achten, dass die Bedürfnisse und Probleme beider Geschlechter Berücksichtigung finden (Gender Mainstreaming und Gender Budgeting). Wir wollen, dass alle Abteilungen des Bezirksamtes jährlich ein neues Projekt starten, das im zuständigen Fachausschuss und dem Frauenausschuss begleitet wird. Eines der Instrumente wird es sein, den Frauenbeirat Stadtgestaltung wieder einzurichten, um die Belange von Frauen in der Stadtplanung systematisch einzubeziehen.

Räume für Kinder und Familien

Sozialdemokratische Stadtentwicklungspolitik ist mehr als die Bereitstellung von Flächen für Gewerbe und Handel. Die soziale Stadt bietet Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters genügend Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten. Gerade Familien benötigen in eng verdichteten Siedlungsgebieten, wie sie weite Teile unseres Bezirks ausmachen, ausreichenden Stadtraum zur Erholung und Entspannung. Parks und Grünflächen wollen wir daher weiterhin im vollen Umfang für die Naherholung erhalten. Dabei werden wir darauf achten, dass unterschiedliche Interessen von Jung und Alt ausreichend berücksichtigt und gegenseitig respektiert werden.

Kleingärten sind ein wichtiger Bestandteil unserer bezirklichen Grünflächen. Ihre baurechtliche Bestandssicherung haben wir in der Vergangenheit nachdrücklich gefördert. Der Erhalt der vorhandenen Kleingartenanlagen ist für uns weiterhin ein wichtiges Anliegen. Denn hier wird von engagierten Menschen auf freiwilliger Basis, ohne Entlohnung, ein wertvoller Beitrag für ein gutes städtisches Klima und die Grünversorgung geleistet.

Spielen ist für Kinder unabdingbar. Kinder spielen am liebsten draußen. Dort sollen sie sich frei und unbeschwert bewegen können. Wir setzen uns aus diesem Grund

für ausreichend sichere und gepflegte Spielplätze ein. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass öffentliche Kinderspielplätze den Bedürfnissen der Kinder entgegenkommen und Spielgeräte in einem ordentlichen und sicheren Zustand sind. Dazu setzen wir uns für den Erhalt der Spielplatzkontrolle durch das Natur- und Grünflächenamt ein und setzen dabei auch auf aufmerksame Eltern.

Öffentliche Plätze sollen zum Verweilen einladen. Dort, wo sich Menschen auf der Straße treffen, einkaufen oder bummeln gehen, wollen wir Orte schaffen, die eine Pause ermöglichen. So unterstützen wir die Umgestaltung des Kaiser-Wilhelm-Platzes und des Breslauer Platzes und setzen uns für die Aufstellung von Bänken oder Sitzmöbeln an geeigneten Stellen im Straßenland ein.

Das Gelände des Flughafens Tempelhof bietet nach dessen Schließung ein enormes Entwicklungspotenzial. Wir werden darauf achten, dass bei der Gestaltung der Bezirk und seine Einwohnerinnen und Einwohner ausreichend beteiligt werden.

Ein Kiez für jung und alt

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine moderne Seniorenpolitik gestalten. Unser Leitbild dafür ist, dass ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Das derzeitige Angebot der bezirklichen Seniorenbetreuung und der Seniorenfreizeitstätten wird der Vielfalt der Lebensverhältnisse der Seniorinnen und Senioren nicht gerecht. Deshalb muss in den Angeboten der Seniorenbetreuung und der Seniorenfreizeitstätten ein behutsamer Wandel stattfinden, damit sich auch die nachwachsende Generation der Älteren darin wieder finden kann.

Eine große Herausforderung, der wir uns stellen müssen, ist, die Seniorenfreizeitstätten für Menschen mit Behinderung besser zugänglich zu machen.

Auch die Arbeitsmigranten der ersten Generation erreichen zunehmend das Rentenalter. Es gilt in diesem Zusammenhang besonders für diese Menschen ein innovatives, ansprechendes Angebot zu entwickeln, das Konzepte der Freizeitgestaltung bis hin zur Organisation von Pflege enthält. Für unsere Seniorenpolitik gilt: Es muss so viele gemeinsame Angebote wie möglich und so viele spezifische Angebote wie nötig geben.

Die SPD will die generationenübergreifenden Angebote stärken und die Seniorenfreizeitstätten – gemeinsam mit den Senioren, nicht gegen sie – zu Treffpunkten für die Nachbarschaft weiterentwickeln. Die große Bereitschaft älterer Menschen, für andere Senior/innen, aber auch für junge Menschen aktiv zu werden, muss besser genutzt werden. In den Freizeitstätten und Seniorengruppen soll vielfältiges bürgerschaftliches Engagement ermöglicht und unterstützt werden – auch durch Schulungen und Beratung. Zudem fordern wir deshalb, dass das Bezirksamt verstärkt mit freien Trägern der Seniorenarbeit wie Kirchen oder Vereinen zusammenarbeitet.

Der Bezirk ist ein attraktiver Lebensort für ältere Menschen. Wir wollen, dass das Bezirksamt mit den Wohnungsbaugesellschaften und privaten Vermietern Wohnkonzepte für ältere Menschen entwickelt. Das schließt die Unterstützung von Mehrgenerationenhäusern, das heißt das gemeinsame Wohnen von Jung und Alt, mit ein. Eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe ist außerdem die humane Beheimatung von demenzerkrankten Menschen in kleinen Wohngemeinschaften. Wir wollen möglichst viele Alternativen zu Alten- und Pflegeheimen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Bezirksamt die Unterstützungs- und Beratungsangebote für Menschen erweitert, die ihre Angehörigen und Freunde

pflegen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass das Sozialamt – nachdem seine einzige Dienststelle mittlerweile das Rathaus Tempelhof ist – Sprechstunden in den Ortsteilen abhält. Das ist ein wichtiges, kundenfreundliches Angebot für ältere Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere für Menschen mit Behinderungen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Seniorenvertretung und den politischen Gremien des Bezirks muss intensiviert werden.

Tempelhof-Schöneberg – ein behindertenfreundlicher Bezirk

Tempelhof-Schöneberg muss behindertenfreundlicher werden. Dazu müssen die Belange der Menschen mit Behinderung stärker in den Blickpunkt der Kommunalpolitik rücken. Deshalb werden wir in der nächsten Amtsperiode der Bezirksverordnetenversammlung für einen Fachausschuss für Behindertenpolitik eintreten, der die Arbeit des Behindertenbeauftragten kontrolliert und ihn berät sowie – wenn notwendig – die Entscheidungen des Bezirksamts bzw. der BVV auf ihre Auswirkungen für die Lebensqualität der behinderten Menschen prüft. Dadurch kann auch die Zusammenarbeit zwischen BVV und Behindertenbeirat verbessert werden.

Der Behindertenbeauftragte und der Behindertenbeirat müssen in ihren politischen Mitwirkungsrechten gestärkt werden. Die SPD wird außerdem prüfen, ob die finanzielle und personelle Ausstattung des Büros des Behindertenbeauftragten erhöht werden kann.

Wir wollen, dass in den bezirkseigenen Gebäuden mit starkem Publikumsverkehr – in den Behörden, aber auch in den Bibliotheken und Kulturhäusern – Schritt für Schritt die Barrierefreiheit verbessert wird. Dazu gehören nicht nur Auffahrampen und Fahrstühle, sondern auch eine verständliche und auffällige Ausschilderung und Gestaltung der Gebäude. Das gilt auch für die Gestaltung von Straßen und Plätzen. Leitbild der SPD ist, dass Menschen mit Behinderung Zugang zu all den Möglichkeiten haben, die für nicht behinderte Menschen vorhanden sind. Um diesem Ziel näher zu kommen, wollen wir jährlich zusätzliche Mittel zur Verbesserung der Barrierefreiheit in den bezirklichen Gebäuden aufwenden.

Der Bezirk trägt Mitverantwortung dafür, dass Menschen mit Behinderung ihre Freizeit eigenständig gestalten können. Im Bereich des Sports und der Seniorenbetreuung müssen die Angebote für Behinderte erhalten und weiter ausgebaut werden. Dabei gilt, dass es so viele integrative Angebote wie möglich und so viele spezielle Angebote wie nötig geben soll.

Wir wollen, dass die gemeinsame Erziehung und Betreuung von behinderten und nicht behinderten Kindern in der Kindertagesstätten und Schule weiterentwickelt und auch für die Ganztagsbetreuung gewährleistet wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen mit Behinderung die Sozialleistungen erhalten, die sie für eine möglichst selbstverantwortliche Lebensführung benötigen. Eine gute Beratung und eine schnelle Bearbeitung von Anträgen ist Voraussetzung dafür. Deshalb darf die Einführung des Fallmanagements in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und die Reform des öffentlichen Gesundheitsdienstes nicht zu einer Einschränkung kompetenter sozialer Dienste führen. Der Bezirk muss vom Senat finanziell so ausgestattet werden, dass die Rechtsansprüche nach dem Sozialgesetzbuch erfüllt werden können. Dafür werden wir streiten.

Ein bunter Kiez: Schwule und Lesben in Tempelhof-Schöneberg

Tempelhof-Schöneberg ist ein bunter Bezirk. Dazu gehört auch, dass insbesondere Schöneberg ein attraktiver Ort zum Wohnen und Leben für Schwule und Lesben ist.

Wir freuen uns, mit dem Schwullesbischen Straßenfest im Kiez rund um die Motzstraße einen Anziehungspunkt für Menschen aus aller Welt in unserem Bezirk zu haben. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass das Bezirksamt gut und vertrauensvoll mit den Veranstaltern zusammen arbeitet. Außerdem werden wir weiterhin mit den wichtigen Vereinen und Verbänden – insbesondere mit Mann-o-Meter, Maneo Schwules Überfalltelefon und dem Lesben- und Schwulenverband – für ein auch für Lesben und Schwulen sicheres und lebenswertes Tempelhof-Schöneberg arbeiten.

Mobil in der Stadt – unterwegs im Kiez

Eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur in Tempelhof-Schöneberg ist die Grundvoraussetzung für Wachstum und Beschäftigung und eine hohe Lebensqualität. Die Menschen und Unternehmen in unserem Bezirk profitieren von großer Mobilität durch gute Erreichbarkeit und der freien Wahl des Verkehrsmittels. Dabei wollen wir Mensch und Umwelt nicht unnötig belasten. Verkehrspolitische Maßnahmen werden wir deshalb in Bezug auf Lärmschutz, Umweltbelastung und Verkehrssicherheit von einer genauen Abwägung zwischen Nutzen und Schaden für die Bevölkerung abhängig machen. So haben wir die Entwicklung des Bahnhofs Südkreuz von Beginn an kritisch begleitet, um eine optimale verkehrliche Anbindung bei gleichzeitigem Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner in den angrenzenden Wohnquartieren vor übermäßiger Belastung durch den Individualverkehr zu erreichen. Wir werden dafür sorgen, dass das Wohnumfeld in diesem Bereich trotz Fernbahnhofes attraktiv und lebenswert bleibt.

In Lichtenrade droht die Zerschneidung des Ortsteils durch eine Hochgeschwindigkeitsstrecke der Deutschen Bahn. Diese unangemessene Einschränkung des Wohnumfeldes werden wir nicht hinnehmen. Wir werden uns daher weiterhin für eine Tunnellösung für die Dresdner Bahn einsetzen.

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) hat für uns oberste Priorität. Wer das Auto stehen lassen soll, will aber nicht nur ein attraktives Gesamtliniennetz mit guten U- und S-Bahn-Anbindungen, sondern auch zügige und wohnortnahe Busanbindungen in die Wohnquartiere und zu den Arbeitsplätzen und Freizeiteinrichtungen. Wichtig sind uns in diesem Zusammenhang hohe Frequenzen, saubere Verkehrsmittel und die gute Erreichbarkeit von Bahnhöfen und Haltestellen. Wir fordern deshalb den zügigen Bau des S-Bahnhofes Kolonnenstrasse, damit die Anwohnerinnen und Anwohner der Schöneberger Insel endlich den lang ersehnten S-Bahnanschluss erhalten. Bei notwendigen verkehrspolitischen Veränderungen werden wir uns dafür einsetzen, dass die verschiedenen Bedürfnisse von Frauen und Männern, Kindern, älteren und jüngeren sowie Menschen mit Behinderungen beachtet und Nachteile für die Fahrgäste verhindert werden.

Im Bereich des Individualverkehrs ist es weiterhin unser Ziel, dass die Nutzung des Fahrrades eine echte Alternative zum Auto wird. Der von unserer Fraktion wesentlich mitinitiierte „Runde Tisch Veloroute“ hat hierzu ein Konzept für die Verbesserung des Radwegenetzes im Bezirk erarbeitet. Dieses Konzept werden wir weiter ausbauen und verwirklichen. Außerdem wollen wir die Abstellflächen für Fahrräder vor allem an Bahnhöfen und Haltestellen deutlich erhöhen.

Wer zu Fuß unterwegs ist, verdient den besonderen Schutz der Verkehrspolitik. Gerade vor Schulen und sozialen Einrichtungen muss ein maximales Maß an Fußgängersicherheit gewährleistet sein. Gefahrstellen gehören beseitigt! Dafür werden wir auch weiterhin in enger Abstimmung mit Expertinnen und Experten sowie Bürgerinitiativen sorgen.

Der Zustand des bestehenden Straßennetzes muss verbessert werden, sofern es die knappen Mittel zulassen. Beim Ausbau der B 101 wollen wir eine Verkehrsführung über die Malteserstraße zur Stadtautobahn, um die bereits jetzt angespannte Verkehrssituation in Alt-Mariendorf/Mariendorfer Damm nicht noch weiter zu verschärfen. Bei Fertigstellung der A113 bis zum Berliner Ring im Jahre 2007 erwarten wir einen deutlichen Rückgang des Transitverkehrs auf der B96 zwischen Kirchhainer und Tempelhofer Damm

Die Hälfte der Bevölkerung ist weiblich! Die SPD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass sich dies auch im öffentlichen Straßenland widerspiegelt. Wir wollen den Anteil weiblicher Straßennamen deutlich erhöhen. So setzen wir uns dafür ein, weiblichen Persönlichkeiten, die in der Zeit der NS-Diktatur verfolgt oder ermordet wurden, oder sich, wie z.B. Hildegard Knief, Marlene Dietrich oder Elisabeth Abegg, um unseren Bezirk verdient gemacht haben, bei Neu- und Umbenennungen von Straßen ein ehrendes Andenken zu setzen.

Unsere Verantwortung ist Ihre Sicherheit

Die Menschen wollen sich in ihrem Kiez sicher fühlen. Sicherheit und Schutz vor Verbrechen und Willkür ist für uns ein grundlegendes Bürgerrecht. Wir wollen Sicherheit und ein sauberes Wohnumfeld für alle – nicht nur für die, die sich einen privaten Sicherheitsdienst leisten können. Wir werden sicherstellen, dass in allen Wohnquartieren die Rechtsordnung durchgesetzt wird. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Polizei im Bezirk wollen wir deshalb fortsetzen.

Mit der Einrichtung von Ordnungsämtern in den Bezirken und der Einführung von Kiezstreifen als Außendienst des Ordnungsamtes haben wir einen wichtigen Schritt dazu unternommen. Geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes kümmern sich darum, dass wir uns im Kiez sicherer fühlen können. Kleinere Ordnungswidrigkeiten werden besser und effektiver geahndet. Die Effizienz des Außendienstes der Ordnungsämter könnte deutlich erhöht werden, wenn künftig noch mehr Kiezstreifen eingesetzt werden würden. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass mittelfristig der allgemeine Ordnungsdienst des Ordnungsamtes personell verstärkt wird.

Sicherheit im Kiez ist aber vor allem eine präventive Aufgabe. Dazu haben sich die Sicherheitsforen und der Präventionsrat außerordentlich bewährt. In Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Bezirksamt wird den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben, vor Ort Konflikte öffentlich anzusprechen und zu bewältigen, so dass die Behörden schnell und unbürokratisch reagieren können. Wir wollen diese Sicherheitsforen, unter anderem auch unter Einbeziehung der BVG, S-Bahn GmbH und Bahn AG, ausbauen und zu regelmäßigen Einrichtungen machen.

Konflikte lassen sich auch dadurch vermeiden, dass ungenutzte Stadträume freigegeben werden. So wollen wir Schulhöfe dort, wo eine Nutzung möglich ist, nachmittags öffnen.

Vor allem Jugendkriminalität kann verhindert werden, wenn frühzeitig gehandelt wird. Daher setzen wir auf eine konsequente Anti-Gewalt-Politik in den Medien und Schulen, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und ein Jugendstrafrecht, das kriminelle Karrieren früh unterbricht.

Wir nehmen die Ängste der Bevölkerung ernst und verhindern durch konzertierte Maßnahmen das Entstehen von Kriminalität. Dort wo präventive Maßnahmen nicht mehr greifen, muss der Kriminalität mit allen gebotenen Mitteln Einhalt geboten werden. Der Regelverletzung muss eine schnelle und konsequente Sanktion folgen. Erste Anzeichen von Verwahrlosung müssen konsequent und frühzeitig bekämpft werden. (keine Toleranz z.B. beim illegalen Autohandel in der Bautzener Str.)

Moderne Verwaltung – wir machen mit!

Die bezirkliche Verwaltung hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die Überzeugung setzt sich durch, dass eine gute Verwaltung in erster Linie Dienstleisterin für die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sein muss. Diese erfreuliche Tendenz wollen wir unterstützen.

Bürgerinnen und Bürger gestalten ihren Bezirk

Wir begrüßen, dass die SPD-geführte Koalition im Land die Möglichkeiten verbessert hat, durch Bürgerbegehren und -entscheide in ihrem Sinne Einfluss auf die Bezirkspolitik zu nehmen. Wir wollen die Bürgerbeteiligung darüber hinaus ausbauen und weitere Instrumente nutzen. In den Ortsteilen unseres Bezirks sollen regelmäßig Einwohnerversammlungen zur direkten Information der Bevölkerung durchgeführt werden. Auf diesen Versammlungen sollen die Bürger/innen auch die Möglichkeit bekommen, ihre Anliegen und Sorgen dem Bezirksamt vorzutragen. Die bisher noch von der CDU verhinderte Einwohnerfragestunde im Rahmen der Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung muss auch in Tempelhof-Schöneberg eingeführt werden.

Schon bestehende Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung müssen erweitert werden. Hierbei wird das Internet eine immer größer werdende Rolle spielen. Die bisherigen Angebote auf den Internetseiten des Bezirks, z.B. zur Information und zur Beteiligung bei Bebauungsplänen, soll noch verbessert werden. Diese Angebote müssen barrierefrei gestaltet werden. Allen Menschen soll eine einfache Nutzung dieser Angebote ermöglicht werden.

Mehr Demokratie wagen: Bürgerhaushalt auch in Tempelhof-Schöneberg

Die SPD Tempelhof-Schöneberg will auch bei haushaltspolitischen Entscheidungen mehr Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger im Bezirk. In der Vergangenheit konnten bereits gute Erfahrungen zur Gestaltung von finanzpolitischen Beteiligungsprozessen gesammelt werden. So haben in der BürgerInnen-Jury zum Quartiersfond in den Gebieten des Quartiersmanagements Bürgerinnen und Bürger verantwortungsbewusst über die Vergabe von 500.000€ entschieden. Und auch in den „fifty-fifty-Projekten“ der Berliner Schulen wurde eigenverantwortlich über die Verwendung von Teilen eingesparter Haushaltsmittel bestimmt.

Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Daher werden wir in den nächsten Jahren schrittweise Elemente mit dem Ziel der Einrichtung eines Bürgerhaushaltes verankern:

- Wir wollen erreichen, dass Informationen über den Haushalt des Bezirks in einer für alle Bürgerinnen und Bürger verständlichen Form veröffentlicht werden. Dabei sollen unter anderem wichtige Informationen über das Internet und die Rathausnachrichten erreichbar sein.
- Wir wollen eine geschlechtergerechte Haushaltsführung und deshalb Gender Budgeting als Instrument der Haushaltsführung weiter umsetzen. Mit dem Gender Budgeting werden geschlechtsspezifische Auswirkungen von Haushaltspolitik sichtbar und es kann – falls notwendig – ein Umsteuern des Haushalts anregen.

- In einem nächsten Schritt sollen wichtige finanzpolitische Entscheidungen vor der Beschlussfassung mit den Bürgerinnen und Bürgern in inhaltlichen Foren und Stadtteilversammlungen diskutiert werden.
- Schließlich wollen wir einen Bürgerhaushalt für die steuerbaren Aufgaben des Bezirks als ein Instrument für finanzpolitische Entscheidungen langfristig einführen.

Bürgerschaftliches Engagement – stärken und weiterentwickeln

Bürgerschaftliches Engagement bildet einen Grundpfeiler sozialer Demokratie. Nur wenn Bürgerinnen und Bürger sich selber als Teil des demokratischen Gemeinwesens verstehen und bereit sind, sich für dieses Gemeinwesen zu engagieren, kann die staatliche Ordnung funktionieren. Staatliches Handeln ist auf das Interesse und Engagement von Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist deshalb ein wichtiges Ziel sozialdemokratischer Politik. Wir setzen uns dafür ein, dass für bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtlichen Einsatz für das Gemeinwesen bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Noch stehen dem ehrenamtlichen Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern häufig hohe bürokratische Hürden im Weg. Die Vorstellung, dass staatliches Handeln grundsätzlich der beste Weg sei, führt oft dazu, dass das Bürgerengagement eher als ‚Störfaktor‘ denn als willkommene Ergänzung zum administrativen Handeln betrachtet wird. Diesem Denken in alten Kategorien werden wir entschlossen entgegentreten.

Für die SPD kann es bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements allerdings nicht um die Ersetzung staatlichen Handelns durch den freiwilligen Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern gehen. Uns geht es stattdessen um die vielen gesellschaftlichen Bereiche, in denen bürgerschaftliches Engagement die Lebensqualität von Menschen und ihrer natürlichen Umwelt zu verbessern vermag.

Wir fordern daher eine **stärkere Anerkennung** bürgerschaftlichen Engagements. Ein Weg, der mit der jährlichen Verleihung der bezirklichen Verdienstmedaille bereits eingeschlagen wurde und der ausgebaut werden muss.

Darüber hinaus fordern wir für das bürgerschaftliche Engagement in Tempelhof-Schöneberg die **Einrichtung einer Freiwilligenagentur**. Die Freiwilligenagentur soll möglichst alle im Bezirk vorhandenen freien Träger und Initiativen vertreten. Sie soll interessierten Bürgerinnen und Bürgern helfen, ein passendes Betätigungsfeld zu finden, und sie soll kompetente Beratungs- und Anlaufstelle für alle Fragen um das bürgerschaftliche Engagement sein.

Außerdem soll die Freiwilligenagentur

- gesellschaftspolitische Ziele formulieren, anhand derer bürgerschaftliches Engagement gefördert werden soll (Entwicklung eines ‚Leitbildes Bürgergesellschaft‘),
- Anforderungen für gemeinnützige Organisationen und individuelles bürgerschaftliches Engagement formulieren und vor Aufnahme in die Freiwilligenagentur überprüfen, ob die jeweilige Organisation diese Anforderungen erfüllt (Schaffung von Transparenz),
- Ein „Netz im Netz“ schaffen, d. h. ein Internetforum, auf dem bürgerschaftlich engagierte Personen und Institutionen Gelegenheit erhalten, Erfahrungen auszutauschen, Probleme zu diskutieren und Vernetzungen herzustellen,

- Unternehmen als mögliche Akteure bürgerschaftlichen Engagements gewinnen.

Verwaltung – bürgernah und kundenorientiert

Die Einrichtung der Bürgerbüros in Tempelhof Schöneberg hat die Kundenfreundlichkeit des Bezirks entschieden verbessert. Dies bestätigen alle bisherigen Umfrageergebnisse. Dennoch wollen wir uns mit den bisherigen Verbesserungen nicht zufrieden geben.

Deshalb werden wir

- uns dafür einsetzen, E-Government-Angebote zu verstärken und barrierefrei zu gestalten. Grundsätzlich sollen die Bürgerinnen und Bürger die Regelleistungen der Verwaltung elektronisch in Anspruch nehmen und dabei mehr Transparenz hinsichtlich der Information über Verfahren und Bearbeitungsstände erlangen können
- Ein Call-Center einrichten, durch das die Bürgerinnen und Bürger umfassend und fachlich qualifiziert beraten werden sollen.
- Die Serviceangebote der Bürgerbüros Schritt für Schritt optimieren und insbesondere die tatsächlichen Wartezeiten verkürzen, wobei wir mittelfristig das Ziel haben, dass die Wartezeit nicht mehr als 10 Minuten beträgt.

Die erweiterten Sprechstundenangebote in den Berliner Bürgerbüros sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Im Rahmen der personellen und finanziellen Ressourcen soll auch in unserem Bezirk ein mobiles Bürgerbüro eingerichtet werden.

Generell gilt: Die Kundenfreundlichkeit und die Dienstleistungsfunktion aller Bereiche des Bezirks muss weiter verbessert werden. Dies wollen wir insbesondere durch verbindliche Leitbilder für alle Bereiche der Bezirksverwaltung erreichen.

Ressourcen einsparen für die Zukunft

Mit den vorhandenen Ressourcen verantwortungsvoll umgehen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir uns stellen.

Wir unterstützen und fördern:

- die konsequente Umsetzung der Energieeinsparverordnung,
- den Ausbau der Gebäudeleittechnik, die eine zentrale Regulierung der Heizungstemperatur in den öffentlichen Gebäuden möglich macht,
- jährliche Investition in gezielte Maßnahmen zur Energieeinsparung, um den Verbrauch weiter sukzessiv zu senken,
- die Versickerung von Niederschlagswasser auf eigenem Grundstück,
- die Bewässerung von Grünanlagen durch das Bohren von Tiefbrunnen,
- die konsequente Trennung von Müll in allen öffentlichen Einrichtungen,
- die Aufklärung über die Möglichkeit zur Energieeinsparung durch angepasstes Nutzerverhalten.

Tempelhof-Schöneberg – ein starkes Stück Berlin

Wir wollen Tempelhof-Schöneberg gestalten. Deshalb wollen wir stärkste Fraktion der BVV werden und die Mehrheit der Mitglieder des Bezirksamts stellen. Tempelhof-Schöneberg ist bunt – großstädtisch im Norden, grün und gemütlich im Süden. Alte und junge Menschen, Einwohner/-innen unterschiedlicher Herkunft, Frauen und Männer, Familien und Singles, Schwule und Lesben – alle haben in Tempelhof-Schöneberg ihren Platz. Die SPD Tempelhof-Schöneberg wird die Potenziale des Bezirks nutzen und ausbauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Tempelhof-Schöneberg ein attraktiver Ort zum Wohnen und Leben, zum Arbeiten und Wirtschaften bleibt. Für die, die schon lange in Tempelhof und Schöneberg wohnen. Doch auch, wer hierher kommt – ob als Einwohnerin und Einwohner oder als Unternehmerin und Unternehmer – soll sich willkommen fühlen.

Wir arbeiten für ein soziales und offenes Tempelhof-Schöneberg. Gute Kindertagesstätten und Schulen, eine attraktive soziale Infrastruktur, schöne Sport- und Grünflächen, ein spannendes Kulturangebot, gute Bedingungen für die Wirtschaft, eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung – dafür werden wir uns in den nächsten fünf Jahren einsetzen.

Darauf können Sie sich verlassen!